

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (022 21) 21 9038/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dieter Sauberzweig, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für das Bildungswesen, untersucht, warum sich die Union für ein Privatfernsehen stark macht.

Seite 1-3

Manfred Lahnstein, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, begründet die Kreditaufnahme des Bundes im Ausland.

Seite 4/5

Reinhard Schultz, stellvertretender Juso-Vorsitzender, plädiert für eine konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godeberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang 168/8 April 1980

Stromlinienförmig verkaufsfördernd

Warum sich die Union fürs Privatfernsehen stark macht

Von Dieter Sauberzweig  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten  
im Bildungswesen

Was verbirgt sich für ein Konzept von Freiheit hinter der Tatsache, daß Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht den NDR zerschlägt? Wohl nicht die Rundfunkfreiheit, die Freiheit der Redakteure, ihre Meinung zu sagen, sondern die Freiheit von Herrn Albrecht und seiner Partei, zu verbreiten, was sie für richtig halten, und unter den Tisch fallen zu lassen, was ihnen nicht paßt.

Der Kanzlerkandidat der Union, Ministerpräsident Strauß, hat gezeigt, wie er mit jemandem umgeht, der nach seiner Vergangenheit fragt, und ihn herausfordert. Unser Kollege, der in der IG Druck und Papier organisierte Schriftsteller Bernt Engelmann, hatte Strauß auf einer Pressekonferenz vorgeworfen, er sei ein ehemaliger "NS-Führungsoffizier" gewesen und den Ministerpräsidenten aufgefordert, er solle doch, wenn er dies bestreite, dagegen klagen. Strauß klagte nicht. Er wird dafür seine Gründe gehabt haben. Er schimpfte und belegte Engelmann mit den Ausdrücken "Ratte" und "Schmeißfliege". Falls es zum Freiheitsbegriff der Union gehören sollte, daß führende Politiker ihnen nicht genehme Schriftsteller so bezeichnen dürfen, hebt sich mein Freiheitsbegriff davon entschieden ab.

Pressefreiheit und Demokratie sind für uns nicht zufällig Begriffe, die zueinander gehören. Nur eine breite Diskussion und Meinungsbildung kann verhindern, daß wir unvorbereitet vor Entscheidungen stehen oder Entwicklungen hinterherlaufen, die wir politisch nicht gewollt haben.

Wir Sozialdemokraten sind vom politischen Gegner wieder einmal in die seltsame Situation gedrängt worden, als konservative, als erhaltende Kraft wirken zu müssen; ich meine den NDR, unser Eintreten für den Erhalt der Dreiländeran-



stalt. Es herrschte doch seit den ersten Tagen der Bundesrepublik Einigkeit der Auffassungen darüber, daß der Rundfunk öffentlich-rechtlich verfaßt sein soll. Es gab zwar immer wieder Vorstöße, diesen Grundsatz außer Kraft zu setzen. Adenauer versuchte, ein privates Fernsehen zu etablieren, das ihn und seinen innenpolitischen Bedürfnissen entsprach. Und nicht zuletzt der CSU-Vorstoß, in Bayern Privatfunkeinzurichten. Allerdings ging dieser Versuch der CSU nach hinten los; Ergebnis waren das Volksbegehren und der Volksentscheid 1973 und die Einfügung des Artikels III a in die Bayerischen Verfassung: "Rundfunk wird in öffentlicher Verantwortung und in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft betrieben." Dieses Gebot hat in Bayern also Verfassungsrang.

Die Versuche Stoltenbergs und Albrechts, der Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, gehen in eine ähnliche Richtung wie die bisherigen Unionsversuchsballons. Schon ein oberflächlicher Blick auf ihren Vertrag zur Begründung einer Zwilländeranstalt zeigt, daß sie den Staatseinfluß auf Rundfunk und Fernsehen begründen und kapitalkräftigen privaten Anbietern Raum für Rundfunk- und Fernsehprogramme schaffen wollen. Es ist schon soweit gekommen, daß man wieder Argumente vortragen muß gegen staatliche Einflußnahme auf Medien. Die CDU hat uns doch immer wieder vor Augen geführt, wohin die staatliche Einflußnahme führt; allerdings stets bezogen auf die DDR.

Die CDU sollte sich also vor der Versuchung hüten, den Staatseinfluß auszudehnen; schon jetzt weisen Medienkritiker zu Recht darauf hin, daß der Parteeinfluß stark glättend auf die Programmgestaltung wirkt, Ecken und Kanten abgeschliffen werden. Ernstzunehmende Leute, wie zum Beispiel der Kritiker Wolfram Schütte von der Frankfurter Rundschau sprechen bereits von "Zensur" und "Selbstzensur". Es kommt also darauf an, den Spielraum der Rundfunkarbeiter zu erweitern, nicht ihrer freien Meinungsäußerung durch Staatseinfluß die zum Leben notwendige Luft abzuschneiden.

Nun zum Privatfunk und -fernsehen: Wenn man sich die Reihe jener anschaut, die sich lautstark für das private Fernsehen engagieren, findet man nur Träger mit eindeutiger Interessenlage. Die einen wollen eine politische Public-Relations-Agentur und gehören größtenteils zu der Gruppe, die mehr Staat in den Aufsichtsgremien will; andere möchten Kabel verlegen, weil sie Kabel herstellen.

Jörn Kraft führt in seinem Aufsatz "Die verplante Freiheit" (erschieden in der Zeitschrift "Medium" Nr. 10/79) noch die Werbeagenturen an, die sich mehr Aufträge fürs Fernsehen erhoffen. In dieser Gruppe findet sich niemand, dem es wirklich in erster Linie um eine Verbesserung des Programms geht. Es geht vielmehr darum, Geld zu verdienen, die Technik weiter zu entwickeln oder anzuwenden und darum, den politischen Einfluß auszuweiten.

Dabei darf sich niemand das etwa nur so vorstellen, als ob Staats- oder privates Fernsehen Politiker der Union sympathisch und häufig, Politiker von anderen Parteien selten und unsympathisch darstellen würden. Vielmehr läuft eine isolierende, entpolitisierte und damit hochpolitische Seite auf der Wirkungsschiene des Fernsehens mit.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat die Wirkung des Fernsehens mit der von Drogen verglichen. Intensivinterviews haben zutage gefördert, welche Gefühle und Gedanken die Befragten zum Fernsehen und zu einem möglichen Programmausbau haben. Fast die Hälfte der Befragten war skeptisch. Weniger ein Siebtel reagierte eindeutig positiv. Die Ablehner hatten gute Gründe. Fernsehen versetzt in eine Art sozialen Dämmerzustand; man verliert die Lust, Gespräche zu führen. Es ist viel mühsamer, sich zum Beispiel zu entschließen, zu arbeiten, zu diskutieren, sich eine Meinung zu bilden, als sich vor den Fernsehapparat zu setzen und sich anzusehen, was gerade vorgesetzt wird. Die Haltung des Fernsehzuschauers ist überwiegend passiv. Das kann schlechte Auswirkungen auf Ehe, Partnerschaft, Familie, Freundeskreis und dem Eltern-Kind-Verhältnis haben.



Dabei bin ich kein Gegner von Fernsehen. Ich möchte auch nicht nur Programmteile erhalten, etwa nur politische Sendungen, Nachrichten und ernsthafte Fernsehspiele, Theater. Ich meine, daß auch Unterhaltung und Entspannendes seinen berechtigten Platz hat, Krimi, Show und Quiz. Dabei ist sicherlich allerhand Kritisches anzumerken zum Fernsehen, wie es jetzt ist.

Ich wünsche mir mehr Ecken und Kanten; aber insgesamt hat sich unser öffentlich-rechtliches Fernsehen bewährt. Was würde nun geschehen, wenn privates Fernsehen dazu käme? Gäbe es mehr Vielfalt, könnte man aus einem größeren Angebot nach Bedarf wählen und zwischen Unterhaltung, Politik, kleinem Fernsehspiel und Klassikerverfilmung? Vermutlich nicht. Jörn Kraft, auf den ich mich schon einmal berief, stellt die These auf: "Privates Fernsehen in der Bundesrepublik wäre voraussichtlich zu 100 Prozent durch Werbung finanziert. Das und nicht der privatrechtliche Status ist die entscheidende Weichenstellung."

Das Medium "TV GmbH" wurde eingerichtet, um Gewinn zu erwirtschaften; diesem Ziel müßte sich die Programmgestaltung vollständig unterordnen. Sie müßte es schon deshalb tun, weil sie einen möglichst großen Anteil des Werbeetats für sich sichern will, denn niemand kann erwarten, daß die großen Firmen ihre Werbeetats erweitern, nur weil ein neues Medium auf dem Markt ist. Die Werbeagenturen werden ihre Anteile an die Werbeträger vergeben, die den größten Einfluß versprechen. Die "TV GmbH" wäre also gezwungen, der Werbung ihr Publikum zu verkaufen. Dazu müßte sie hinlänglich genaue Voraussagen darüber machen, welche Zielgruppe zu welcher Zeit vor dem Bildschirm sitzt. Sie würde auch verschiedenen teure Plätze für die Werbung anbieten, je nachdem, wieviel Leute ihr Programm eingeschaltet haben. Man kann sie vergleichen mit dem Vormarsch der Anzeigen in den Zeitschriften und Zeitungen. Nach und nach haben sie ihre teuren Plätze in den Innenseiten der Umschlagseiten gefunden, dann auf der Außenseite der Rückseite. Nur die Titelseiten sind noch frei. Wie lange noch?

Die Programme werden sich also stromlinienförmig dem Publikumsgeschmack anschmiegen müssen, um möglichst viele Zuschauer zu bekommen oder bestimmte Zielgruppen anzusprechen. Davon kann das gleichzeitig weitbestehende öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht unbeeinflusst bleiben. Ebenso, wie die Zeitungen ums Überleben kämpfen werden, weil ihre Werbeeinnahmen teilweise an das private Fernsehen verloren gehen - und die Pressekonzentration wird bestimmt durch privates Fernsehen nachhaltig gefördert -, ebenso wird das öffentlich rechtliche Fernsehen sich nach der Decke strecken müssen. Um Zuschauer zu behalten, muß es sich, wie das private Fernsehen den Publikumswünschen anpassen, sonst gehen die Gebühren verloren. Und die Werbeeinnahmen müssen ebenfalls gesichert werden. Eine Angleichung der Programme ist die Folge, Vielfalt wird nicht erreicht, sondern ganz entschieden bedroht. Die Werbung und ihre Auffassung von den Zielgruppen strukturiert das Programm. Die Redaktionen arbeiten nicht mehr hauptsächlich am Stoff, sondern an der Verpackung; daran, den passenden Programmrahmen für die Werbung zu erarbeiten. Ecken und Kanzen sind nicht verkaufsträchtig. Man versucht, nett miteinander zu sein und bietet keine Provokationen, keine abweichende Meinung. Die Folge ist Stillstand im Denken, Wegfall der Auseinandersetzung. Das Fernsehen verliert seine fraglos vorhandenen emanzipatorischen Züge.

Auf dieses Argument folgt von den Andersdenkenden sofort der Einwand: Der mündige Bürger! Wir würden den Bürger als unmündig beschreiben. Nicht sie, wir wollten Einfluß auf ihn ausüben. Ich will auf dieses Argument nicht sehr lange eingehen. Mir fällt nur auf, daß Vertreter dieses Arguments immer dann vom mündigen Bürger reden, wenn sie ihm etwas verkaufen wollen. Vom mündigen Bürger ist bei CDU und CSU nicht die Rede, wenn es um Mitbestimmung geht. Daran sollte man sich stets erinnern. (-/9.4.1980/hi/oa)

+ + +



Gute Gründe für Kreditaufnahme im Ausland

Die Oppositionskritik am Leistungsbilanzdefizit geht in die Irre

Von Manfred Lahnstein

Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ist in Gefahr, in Fragen der Geldpolitik der Provinzialität anheim zu fallen. Anders lassen sich jedenfalls die Angriffe nicht deuten, die der Oppositionsexperte Dr. Rudolf Sprung aus Anlaß ausländischer Kapitalanlagen bei uns gegen die Bundesregierung gerichtet hat.

Deshalb sei einiges richtiggestellt:

1. Die Opposition läßt den Eindruck aufkommen, als sei die Bundesrepublik Deutschland aus politischer Versäumnis oder aus wirtschaftlicher Schwäche in ein Leistungsbilanzdefizit geraten. Das ist falsch.

Richtig ist:

- Unser Handelsbilanzüberschuß ist trotz sehr guter Exportergebnisse zurückgegangen, weil wir dank hervorragender Binnenkonjunktur viel importiert haben. Damit haben wir im Ausland, gerade auch in Entwicklungsländern, Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, ohne bei uns Arbeitsplätze zu gefährden.
  - Unser Handelsbilanzüberschuß ist vor allem deshalb zurückgegangen, weil die Preise für eingeführte Güter enorm in die Höhe gegangen sind (Öl, Gas, Rohstoffe, Halb-, Fertigwaren). Die Einfuhrpreise steigen derzeit um 25 Prozent. Dafür sind weder die Unternehmer, noch die Arbeitnehmer, noch die Regierung verantwortlich.
  - Im vergangenen Jahr war unser Defizit beim Tourismus mit rund 21,5 Milliarden DM ebenso hoch wie unser Überschuß im Außenhandel. Auslandsreisen sind nicht nur das gute Recht unserer Mitbürger; sie schaffen auch Arbeitsplätze bei unseren Nachbarn (siehe Österreich, Jugoslawien, Italien und andere).
  - Wir haben 1979 etwa doppelt soviel an die EG überwiesen wie 1978, nämlich knapp vier Milliarden DM. Hier und nirgendwo sonst liegen die Hauptgründe für unser Leistungsbilanzdefizit.
2. Herr Sprung betont fairerweise die guten Gründe, in der jetzigen Situation Kredite bei den Ölstaaten aufzunehmen (das haben vor ihm bereits die Bundesbank, der Präsident des Bankenverbandes und Sprecher der meisten Kreditinstitute getan):
    - "Erleichterung für unsere Leistungsbilanz": Hier ist wohl eher deren Finanzierungsseite gemeint;
    - "Stützung des DM-Kurses": Sie ist allerdings nie der Hauptgrund gewesen;
    - "Willkommene Recycling-Möglichkeit für die Ölländer": Hier liegt in der Tat ein wichtiger Grund. Ist es nicht positiv, wenn unsere Partner einen Teil ihrer liquiden Mittel bei uns anlegen wollen, obwohl die Zinsen hierzulande nur halb so hoch sind wie in den USA?



Wenn wir noch einen Beweis für die Solidität und Attraktivität unserer Wirtschaft, Währung und Politik gebraucht hätten: Hier ist er!

Dann aber werden diese Gründe als "äußerst kurzfristig und kurzfristig" sowie als Vorwand für "unverantwortliche Schuldenpolitik" denunziert. Das ist bedauerlich und falsch.

Richtig ist:

- Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand, also auch des Bundes, dient der Erfüllung vordringlicher Aufgaben. Sie wird außerdem so zurückhaltend gehandhabt, wie es im Interesse von Stabilität, Wachstum und Beschäftigung erforderlich ist.
- Wir lassen uns nicht "verführen": Kreditaufnahme im Ausland ist für den Bund kein bequemer Ersatz für sparsamste Haushaltswirtschaft. Da kann eine Opposition ganz unbesorgt sein, die noch vor kurzem Steuernachlässe für 1980 gefordert hat.
- Wenn aber unsere ausländischen Partner Geld bei uns anlegen wollen, und damit die Zinssituation entspannt wird, dann ist das alles andere als "kurzsichtig". Entspannte Zinsen kommen dem deutschen Steuerzahler zugute.

Die Opposition behauptet, die Kreditaufnahme des Bundes habe die Zinsen in die Höhe getrieben. Das ist falsch.

Richtig ist:

- Die Zinsen sind bei uns hoch, weil sie um uns herum noch viel höher sind. Schon heute reicht die Zinshöhe nicht voll aus, um erhebliche Kapitalabflüsse ins Ausland zu verhindern.
- Die Zinsen sind bei uns hoch, weil Bundesbank und Bundesregierung um der Inflationbekämpfung willen für eine Politik des relativ knappen Geldes eintreten. Knapp und billig aber, das geht auch bei Geld nicht zusammen.
- Es läßt sich an allen Daten der letzten Jahre ablesen, daß der Bund die Zinsen nicht getrieben hat. Wann wird die Opposition diese Zahlen zur Kenntnis nehmen?

Zum Abschluß ein wichtiger Punkt der Übereinstimmung mit der Opposition und insbesondere mit Herrn Sprung: Wir können uns in der Tat ein Leistungsbilanzdefizit auf Dauer nicht leisten. Das läßt sich aber nur durch weitere Umstrukturierung unseres Produktionsapparates erreichen: Größere Unabhängigkeit von (eingeführter) Energie, Energiesparinvestitionen (dies bei Rohstoffen), Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt. Wenn das geschafft wird, wird auch von daher die DM noch stärker. Sie ist es immer geblieben, wie das jüngste Geschehen am Devisenmarkt zeigt.

Und es wird geschafft werden, wenn diese Aufgabe der fortgesetzten Umstrukturierung als gemeinsame Aufgabe von Unternehmern, Arbeitnehmern, Regierung und Bundesbank verstanden wird. Hier sind auch begrenzte Kredite des Bundes sinnvoll und zukunftssichernd angelegt.

(-/9.4.1980/ks/gat)

+ + +



Weltkrieg nicht ausgeschlossen?  
-----

## Entspannungspolitik trotz Krisen fortsetzen

Von Reinhard Schultz

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Die perverse Lust am Kalten Krieg greift um sich. Das Stammtischbewußtsein deutscher Bierstuben der 50er Jahre macht sich in etlichen Kolumnen besonders der Regionalzeitungen breit. Freund und Feind werden sauber geschieden: Carter-Fans ins Töpfchen, Russen-Freunde ins Kröpfchen. Das gesellschaftliche Klima kippt um. CDU/CSU wittern die Chance, Angst und Feindbilder so zu reaktivieren, daß daraus ein Kanzler wird. Getreu dem amerikanischen Vorbild, das äußere Bedrohung konstruiert, um die Nation hinter sich zu versammeln. Auf der Strecke bleibt die Entspannungspolitik. Übrig bleibt eine Hochblüte der politischen und militärischen Spannung.

Präsident Carter hat in seiner Regierungserklärung zur Lage der amerikanischen Nation den Anspruch der USA betont, militärisch die Stärksten sein zu wollen. Und Ronald Reagan zieht durchs Land mit der zu Herzen gehenden Aussage: "Ich will Präsident der stolzesten und stärksten Nation der Welt werden!" Selbst wenn man das Wahlkampfgetöse abzieht, so bleibt doch ein erschreckender Kern: Die USA rüsteten psychologisch auf und formieren die gesellschaftliche Basis für eine neue Politik der Stärke, des Ungleichgewichts, des Übergewichts zugunsten der USA.

Daß parallel zur Sonderkonferenz der UNO zur Abrüstung die NATO ihre Langzeitausrüstung beschloß, ist mehr als Zufall. Daß die NATO zuerst die Produktion und Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa beschloß, um dann ein unzureichendes Verhandlungsangebot an Moskau zu richten, liegt ebenfalls auf der Linie der inneren Logik neuer Konfrontationspolitik.

Diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die warnend ihre Stimme erhoben haben, mußten sich verschämt abwenden, als die Sowjetunion den vermeintlichen Nachweis ihrer aggressiven Militärpolitik nachlieferte, indem sie Afghanistan besetzte. Diejenigen, die öffentlich darüber nachdenken, welche Motive die Sowjets wohl geritten haben könnten, werden unverzüglich in die vaterlandslose Ecke gestellt. Die Jusos ebenso wie Herbert Wehner.

Wer wagt, zwischen den Welten nachzudenken, holt sich wieder einen blutigen Kopf, wie in den 50er und 60er Jahren. Aber wie damals muß das gesellschaftliche Umfeld der SPD voll mobilisiert werden, das bereit ist, Entspannungspolitik zu tragen und erneut durchzusetzen. Lieber Beulen am Kopf als ohne Kopf.

Konkret heißt Entspannungsbereitschaft heute:

1. Der Afghanistan-Konflikt darf nicht globalisiert werden. Vertraglich geregelte Entspannungsmechanismen in Europa bleiben in Kraft. Die weltweite Ablehnung der sowjetischen Intervention ist eindeutig, sie wird sich verschleißen, wenn der Westen daraus eine militärische Weltkrise provoziert. Je virulenter die Weltkrise, umso geringer sind die politischen Entfaltungsspielräume der Europäer zur Wahrung ihrer spezifischen Sicherheitsinteressen.



Dem Bundesvorstand der Jungsozialisten ist in Moskau anlässlich einer Delegationsreise deutlich signalisiert worden, daß die Sowjetunion Afghanistan wieder verlassen will, wenn international garantiert wird, daß Afghanistans (zum Teil nicht definierte) Grenzen unverletzlich sind und kein Dritter versucht, Afghanistan zum vorgeschobenen Stützpunkt gegen die Sowjetunion umzufunktionieren. Solche Versuche hat es bereits seitens der USA 1973 gegeben, solche Versuche gibt es verstärkt nach der afghanischen Revolution. Wer glaubt, die Sowjetunion zwingen zu können, im Süßergewand Afghanistan wieder zu verlassen, der irrt sich sehr. Eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche im Verhältnis militärisch hochgerüsteter Blöcke ist unreif und gefährlich.

Die Bundesregierung und die SPD sollten geeignete Lösungen in Konsultation mit den Blockfreien eruieren. Sichtbare Aktivitäten, Bewegungen sind notwendig, um die Bereitschaft zur nichtmilitärischen Krisenlösung am Leben zu erhalten. Helmut Schmidt hat sich bewundernswert besonnen verhalten und bislang die Substanz europäischer Entspannung erhalten. Das ist nur durchzuhalten, wenn für diese Entspannung gesellschaftlich mobilisiert wird.

2. In Anlehnung an den Beschluß des SPD-Bundesparteitages von Berlin 1979 müssen alle Gelegenheiten ergriffen werden, die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen mittlerer Reichweite durch Verhandlungen zu verhindern. Den Jungsozialisten ist in Moskau angedeutet worden, daß informelle Vorverhandlungen darüber möglich seien, wie die Forderung nach "Aussetzen" des NATO-Beschlusses interpretiert werden könne. 1981 stehen vielleicht schon die ersten Pershing II auf europäischen Boden. Viel Zeit bleibt nicht. Ausgehend von den Erklärungen von Helmut Schmidt und Leonid Breschnew vom Mai 1978, in denen ein annäherndes militärisches Gleichgewicht konstatiert wurde, sollte über alle europäischen Mittelstreckenwaffen verhandelt werden, soweit sie nicht durch SALT erfaßt sind.

Die Sowjetunion scheint hierzu bereit zu sein, wenn die französischen und amerikanischen, nicht der NATO unterstellten, Potentiale eingerechnet werden. Die Stationierung der Pershing II mit einer Treffergenauigkeit von 18 Metern erweckt in der Sowjetunion die verständliche Angst, es könnten damit Erstschlagsabsichten verbunden sein. Die Stationierung würde Europa in ein Pulverfaß verwandeln.

Beide Militärblöcke sind nur dann ein Element von Stabilität, wenn beide zuverlässig kalkulierbar bleiben, wenn beide vertragliche Verpflichtungen einhalten, wenn beide das militärische Gleichgewicht auch in der politischen Perspektive einhalten. Die Westeuropäer haben eine besondere Verantwortung für den Entspannungsprozeß, sie haben aber auch besondere Sicherheitsinteressen. Denn Mittel- und Westeuropa ist die Weltregion, die eine militärische Konfrontation nicht überleben könnte, auch nicht theoretisch.

Demokratische Sozialisten dürfen Solidarität im Militärbündnis nicht mißverstehen als Kadavergehorsam gegenüber einer imperialen militärischen Führungsmacht. Sie sind aufgerufen, Friedenspolitik zwischen den Großmachtinteressen in Ost und West zu organisieren unter Parteinahme für die Völker der Dritten Welt. Der Dritte Weltkrieg muß ausgeschlossen bleiben.

